



## Beschäftigung und soziale Lage in Europa: Bericht 2019 zeigt Kampf gegen Klimawandel als Wachstums- und Stellengenerator

Brüssel, 4. Juli 2019

Die Europäische Kommission hat heute den jährlich erscheinenden *Europäischen Beschäftigungs- und Sozialbericht 2019* veröffentlicht. Vor dem Hintergrund langfristiger globaler Trends wie Bevölkerungsalterung, Globalisierung, Technologie- und Klimawandel befasst sich der Bericht 2019 mit dem Thema Nachhaltigkeit. Er zeigt auf, dass Bewältigung des Klimawandels und Erhalt des Wachstums eng miteinander zusammenhängen. Dargelegt wird eine Reihe von Maßnahmenoptionen, mit denen sich die Wettbewerbsfähigkeit der EU erhalten, das Wachstum verstetigen und sich sein Nutzen für die gesamte Bevölkerung in der EU und für die künftigen Generationen nutzbar machen lässt und gleichzeitig der ehrgeizige Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft weiterverfolgt wird. In dem Bericht 2019 wird auch bekräftigt, dass die EU ihre Wirtschaftstätigkeit weiter ausweitet – die Beschäftigung erzielt dabei neue Rekordwerte und die soziale Lage verbessert sich.

Die für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität zuständige EU-Kommissarin Marianne **Thyssen** äußerte sich wie folgt: „Der Jahresbericht zeigt, dass der Aufschwung in der europäischen Wirtschaft Fuß gefasst hat. Mit 240,7 Millionen Erwerbstätigen, 13,4 Millionen mehr als bei Antritt der Juncker-Kommission, ist die Beschäftigungsquote in der EU so hoch wie noch nie. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Und die Zahl der Menschen, die von Armut bedroht sind, sinkt weiter. Dies ist ein idealer Ausgangspunkt dafür, auf der Grundlage der europäischen Säule sozialer Rechte noch mehr für die Bürgerinnen und Bürger zu tun. Hierzu ist ein fairer Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft erforderlich, und dabei müssen die Chancen eines umweltverträglichen Wachstums in vollem Umfang genutzt werden. Wir können den Lebensstandard aller anheben, sofern die EU und die Mitgliedstaaten gemeinsam mit den Sozialpartnern in neue und bessere Kompetenzen, höhere Qualifikationen und in Sozialleistungen investieren.“

Beim Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft werden weitere Arbeitsplätze entstehen, und es werden sich die Struktur des Arbeitsmarktes, die Verteilung der Arbeitsplätze und der Kompetenzbedarf ändern. Es wird davon ausgegangen, dass im Zuge des Übergangs bis 2030 weitere 1,2 Millionen Arbeitsplätze in der EU geschaffen werden – zusätzlich zu den bereits prognostizierten 12 Millionen neuen Stellen. Der Übergang könnte die derzeitige Polarisierung der Arbeitsplätze – eine Folge von Automatisierung und Digitalisierung – abfedern, indem auch Arbeitsplätze im mittleren Bereich der Lohnskala und der Kompetenzverteilung geschaffen werden, insbesondere im Bau- und im verarbeitenden Gewerbe.

Je nach Land und Branche werden die Auswirkungen unterschiedlich ausfallen. Die Länder müssen diesen Übergang daher vorbereiten, damit die Menschen in den Berufen, in den Branchen und in den Regionen, die noch von einem hohen Kohlenstoffeinsatz geprägt sind, nicht außen vor bleiben. Es ist unabdingbar, die soziale Dimension von Anfang an zu berücksichtigen, beispielsweise durch Maßnahmen wie Einkommensbeihilfen während des Übergangs oder höhere Energiebesteuerung bei gleichzeitiger Umverteilung. Auch der soziale Dialog kann zu einem fairen Übergang beitragen, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber eingebunden werden.

Generell zeigt der Bericht auf, dass die EU in die Kompetenzen der Menschen und in Innovationen investieren muss, um das Wirtschaftswachstum beizubehalten. Am besten schneiden diejenigen Unternehmen in der EU ab, die am meisten für die Schulung ihrer Mitarbeiter und gute Arbeitsbedingungen ausgeben. So lassen sich durch Investitionen in Kompetenzen, Qualifikationen und die formale Schulung von Erwachsenen die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer, die Lohnentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken. Im Europäischen Beschäftigungs- und Sozialbericht wird auch festgestellt, dass soziale Investitionen wie die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung und frühkindlicher Erziehung und Bildung dazu führen, dass Menschen produktiver sind und sich wohler fühlen. Bezahlbarer, angemessener Wohnraum ist die Voraussetzung dafür, dass die Europäerinnen und Europäer auf dem Arbeitsmarkt ihr volles Potenzial ausschöpfen und an der Gesellschaft teilhaben können.

### Hintergrund

Der jährlich erscheinende *Europäische Beschäftigungs- und Sozialbericht* bietet eine aktuelle

wirtschaftliche Analyse der beschäftigungs- und sozialpolitischen Entwicklungen in Europa und thematisiert damit zusammenhängende Maßnahmenoptionen. Es handelt sich um den richtungsweisenden Bericht der Europäischen Kommission im Bereich Beschäftigung und Soziales.

In der [neuen strategischen Agenda 2019-2024](#) des Europäischen Rates wird dazu aufgerufen, die mit dem ökologischen Wandel, der technologischen Entwicklung und der Globalisierung einhergehenden Veränderungen anzunehmen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass niemand zurückbleibt. In der diesjährigen Ausgabe des Berichts werden die beschäftigungs- und sozialpolitischen Entwicklungen mit Blick auf die „Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas“ – eine der vier Hauptprioritäten der neuen strategischen Agenda – beleuchtet. Die Erkenntnisse aus dem Europäischen Beschäftigungs- und Sozialbericht können den politischen Entscheidungsträgern als Anregung für die Umsetzung dieser ehrgeizigen Zielsetzungen dienen. Sie werden auch in die politische Debatte über die beschäftigungspolitischen Aspekte der strategischen Langzeitvision für eine klimaneutrale Wirtschaft einfließen, die [auf der nächsten Ratstagung der europäischen Beschäftigungs- und Sozialminister am 8. Juli 2019](#) geführt wird.

Es gibt viele Beispiele dafür, wie die Kommission die in den jährlichen Berichten aufgezeigten Probleme gezielt angeht. So stellt ihr Vorschlag vom Mai 2018 für den mehrjährigen Finanzrahmen mehr Mittel für Investitionen in Menschen bereit, u. a. über den [neuen Europäischen Sozialfonds Plus \(ESF+\)](#) und [einen verbesserten Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung \(EGF\)](#). Zur Erreichung dieser Zielsetzungen tragen die [europäische Säule sozialer Rechte](#) sowie Initiativen und Instrumente wie die [europäische Agenda für Kompetenzen](#), das [Programm „Digitales Europa“](#) und die [Jugendgarantie](#), die weitere Stärkung des [Erasmus-Programms](#) und das [Europäische Solidaritätskorps](#) bei.

### Weitere Informationen

[Factsheet](#): Beschäftigung und soziale Lage 2019: Soziale Auswirkungen des Klimawandels im Fokus [Beschäftigungs- und Sozialbericht 2019](#)

[Eine neue strategische Agenda 2019-2024](#)

[Beschäftigung und Sozialanalyse auf der Website der GD EMPL](#)

Marianne Thyssen auf [Facebook](#) und [Twitter](#)

Abonnieren Sie den kostenlosen E-Mail-[Newsletter](#) der Europäischen Kommission zu den Themen Beschäftigung, Soziales und Integration

IP/19/3412

Kontakt für die Medien:

[Christian WIGAND](#) (+32 2 296 22 53)

[Sara SOUMILLION](#) (+32 2 296 70 94)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)